

Sprache verständlich und nicht spaltend.

Beschluss

der Jahreshauptversammlung am 30.10.2021 in Mildstedt:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- in sämtlichen Behörden, Schulen, Universitäten und anderen staatlichen Einrichtungen sowie auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk die deutsche Rechtschreibung entsprechend der bewährten Vorgaben des deutschen Rechtschreibrates befolgt und keine grammatikalisch falsche Gender-Sprache verwendet wird.

Begründung:

Als eines der wichtigsten Ausdrucksmittel prägt die Sprache Gesellschaft und ihre Kultur. Dabei entwickelt sie sich stets „von unten nach oben“. Im Laufe der vergangenen Jahre wurde der sogenannte „Gendermainstream“ durch ein ideologisch linkes Milieu an zahlreichen Einrichtungen wie Behörden, Universitäten, Schulen, aber auch nicht staatlichen Einrichtungen wie im öffentlichen Rundfunk als neue Sprech- und Schreibregeln eingeführt. Wer diesen nicht folgt, muss beispielsweise in Universitäten mit Punktabzug rechnen. Ideologisches Ziel der Gendersprache ist die Vereinheitlichung und Inkludierung möglichst aller verschiedenen Individuen, die sich durch die allgemeinübliche Sprache nicht angesprochen fühlen.

Jedoch erreicht die Gender-Sprache dies nicht. Viel mehr spaltet sie die Gesellschaft in hohem Maße und mit hoher Emotionalität. Nach aktuellen, repräsentativen Umfragen lehnt eine Mehrheit von über 70 bis über 80 Prozent der Bürger diese kategorisch ab.¹ Hinter ihr steht eine neue Art von Identitätspolitik, die sich in verschiedenen Milieus immer stärker radikalisiert, wie der „woke“-Bewegung, die rassistisch gegenüber gesellschaftlichen Mehrheiten argumentiert.

Dies lehnen wir entschieden ab. Privat kann jeder frei über seine Sprechweise verfügen, wie er möchte, jedoch von staatlich beeinflusster Seite darf eine solche Ideologie der Identitätspolitik nicht vorangetrieben werden.

¹ Bspw. ZDF-Politbarometer 07/2021